



2026/16 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2026/16/putin-bittet-zur-kasse>

Russlands Wirtschaft

Putin bittet zur Kasse

von **Katja Woronina**

Russlands Wirtschaft steht unter Druck. Die Verschuldung von Privatpersonen steigt rasant, während die Konjunktur schwächelt und das Haushaltsdefizit wächst.

Leben auf Pump ist in Russland derzeit schwer angesagt. Insgesamt habe die Gesamtsumme der von der Bevölkerung aufgenommenen Kredite und Darlehen im Januar erstmals mehr 500 Milliarden Euro betragen, teilte die russische Zentralbank mit. Zugleich steigt insbesondere die Zahl der Konsumkredite: Der Nachrichtenagentur Tass zufolge stieg deren Zahl im ersten Quartal um 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Gerade bei diesen Krediten gilt das Risiko von Zahlungsausfällen als hoch. Der Wert ausgefallener Kredite russischer Haushalte lag im Jahr 2025 bei etwa 18 Milliarden Euro und stiegen damit etwa ein Drittel höher als im Vorjahr.

Viele der Kredite, die Banken 2023 und 2024 großzügig auch Personen bewilligt haben, deren Kreditwürdigkeit schwer einschätzbar war, weil sie nie zuvor Kredite beantragt hatten, laufen nun aus, was die Lage verschärft. Damals stiegen Löhne und Zuwendungen, die direkt mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zusammenhängen: Soldaten und Beschäftigte in der Rüstungsindustrie wurden besser bezahlt, wovon auch der Dienstleistungsbereich profitierte. Ein Teil der Einkünfte floss in die Abzahlung von früheren Hypotheken. Um alte Kredite zu tilgen, müssen indes oft neue aufgenommen werden, und wer seinen einmal erreichten Lebensstandard halten will, konsumiert weiter auf Kredit.

Die steigende Verschuldung geht einher mit einer handfesten Krise. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres schrumpfte die russische Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Prozent.

Die steigende Verschuldung geht einher mit einer handfesten Krise. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres schrumpfte die russische Wirtschaft dem Bericht »Zur aktuellen Lage« des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung zufolge im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Prozent. Dabei hatte Präsident Wladimir Putin der russischen Regierung und der Zentralbank im Dezember den Auftrag erteilt, das Wirtschaftswachstum zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Inflationsrate nicht über fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahr hinausgeht. Nach offiziellen Angaben lag sie zum Jahresende tatsächlich nur leicht darüber, anstelle von fast zehn Prozent Ende 2024.

Auch in der Staatskasse tun sich immer größere Lücken auf. Das Finanzministerium meldete vergangene Woche, dass das Haushaltsdefizit im ersten Quartal auf rund 52 Milliarden Euro gestiegen sei, rund 29 Milliarden Euro mehr als im Vorjahresquartal. Damit liegt das Defizit bereits über der Jahresprognose von etwa 40 Milliarden Euro, die für Ende 2026 erwartet wurde und rund 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspräche. Das sind im internationalen Vergleich zwar niedrige Werte, doch Russlands Produktivität hinkt dem Weltmarkt weit hinterher und der Export fossiler Energieträger lahmt wegen der Sanktionen, weswegen ein weiterer Anstieg der Verschuldungsquote unausweichlich scheint.

Unverhoffte Unterstützung erhielt Russland in dieser Situation durch US-Präsident Donald Trump. Der Krieg der USA und Israels gegen den Iran und die folgende exorbitante Verteuerung von Rohöl auf dem Weltmarkt verschaffte dem russischen Staat zuvor nicht einkalkulierte Einnahmesteigerungen. Nach Berechnungen der Nachrichtenagentur Bloomberg kann Russland mit Mehreinnahmen von mindestens zehn Milliarden US-Dollar rechnen, sollten die Ölpreise innerhalb von drei Monaten wieder sinken. Bleiben sie bis Jahresende hoch, seien Gewinnsteigerungen bis zu 40 Milliarden US-Dollar möglich.

Auf Prognosen verlassen will sich Putin allerdings nicht. Bei einer Rede auf dem Kongress des Russischen Verbands der Industriellen und Unternehmer warnte er davor, die Mehreinnahmen zu »verprassen«. Eine solche Formulierung ist besonders bemerkenswert angesichts des Umstands, dass dieses Geld mit hoher Wahrscheinlichkeit in die Finanzierung des Angriffskriegs fließen wird und nicht in die Entwicklung ins Stocken gekommener Modernisierungsprojekte.

Symptomatisch für den Zustand russischer Technologiekonzerne ist der gescheiterte Versuch, die einst hochentwickelte Flugzeugproduktion des Landes wieder zu fördern. Ohne ausreichende Flugzeugflotten sind weite Teile Russlands, vor allem im hohen Norden und den Regionen hinter dem Ural, nur schwer oder gar nicht erreichbar. Am Montag schlug das Sibirische Forschungsinstitut für Luftfahrt in Nowosibirsk vor, in Ermangelung moderner Flugzeuge stillgelegte Modelle wie die Antonow An-2 länger zu nutzen. Der mit einem Propeller betriebene robuste Mehrzweckdoppeldecker wurde nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt. Immer noch sind rund 235 in Betrieb. Die russische Luftfahrtbehörde wollte sich zu dem Vorschlag nicht äußern.

Auch wenn russische Unternehmen nur bedingt in der Lage sind, zu einer Modernisierung der Infrastruktur beizutragen, werden sie zur Kasse gebeten. Bei einem nichtöffentlichen Treffen Putins mit Vertretern großer Konzerne sei es unter anderem darum gegangen, in welchem Umfang und in welcher Form Unternehmen zusätzliche finanzielle Beiträge zu leisten haben, berichtete die unabhängige russische Online-Zeitung The Bell. Es gehe keineswegs um das Einfordern von Spenden, hieß es aus dem Kreml.

Zuvor hatte die Nachricht die Runde gemacht hatte, wonach Sulejman Kerimow, Senator im russischen Föderationsrat und der Zeitschrift Forbes zufolge die Nummer fünf auf der Liste der reichsten Russen, zu einer Spende von über einer Milliarde Euro bereit sei. Kerimow hat dem Kreml viel zu verdanken; nichts zu spenden, wenn dieser Wunsch direkt oder indirekt ausgesprochen wird, hieße, sein Vermögen zu riskieren – oder Schlimmeres. Putin sprach seinerseits von einem »konstruktiven Dialog«.

Natalja Kasperskaja, die Direktorin des IT-Sicherheitsunternehmens Infowatch, empfindet das offenbar nicht so, wie sie im Gespräch mit dem Radiosender des russischen Nachrichtenportals

RBC mitteilte. Sie findet, es fehle es an Kommunikation und Abstimmung zwischen Unternehmen und Behörden, auf Ministeriumsebene fänden keine Beratungen oder inhaltlicher Austausch mehr statt. Am 3. April war es in Russland zu einem stundenlangen Ausfall im Transaktionsgeschäft der größten russischen Bank Sberbank und weiterer Finanzinstitute gekommen. Zahlungssysteme funktionierten nicht mehr, Überweisungen scheiterten und es war fast unmöglich, Geld abzuheben.

Offenbar lag die Ursache in der fehlerhaften Einführung eines neuen Antibetrugssystems. Zuvor war darüber spekuliert worden, ob der Grund des Ausfalls in Netzeinschränkungen aufgrund der intensivierten Bekämpfung des Instant-Messaging-Diensts Telegram und von VPN-Tunneln zu suchen sei. Wie dem auch sei, außer Frage steht, dass solche Maßnahmen der russischen Wirtschaft Verluste in Milliardenhöhe einbringen.